

Gemeinsam für ein soziales Europa

Die Stärkung des sozialen Europas ist der Kern von SOLIDARs Arbeit. Die Mitglieder des Netzwerks tragen durch ihre Arbeit als zivilgesellschaftliche Akteure und Anbieter sozialer Dienste zur Verwirklichung dieses Ziels bei, innerhalb Europas und weltweit. Die Herausforderung heute, in Zeiten der Krise der Finanzmärkte und der Weltwirtschaft besteht darin, wie die Entwicklung ökonomisch wettbewerbsfähiger Gesellschaften in einer globalisierten Welt mit angemessenem sozialem Schutz für alle in Einklang gebracht werden kann.

Anlässlich der Europakonferenz von SOLIDAR im April 2009 sind Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter aus den Mitgliedsorganisationen von SOLIDAR im Europäischen Parlament zusammengekommen, um den Abgeordneten von ihren Erfahrungen mit sozial oder ökonomisch benachteiligten Menschen zu berichten. Vor allem die praktischen Herausforderungen der Arbeit mit gesellschaftlich benachteiligten oder ausgegrenzten Menschen, der Einfluss europäischer Politik auf ihre Arbeit, sollten kommuniziert und thematisiert werden sowie Empfehlungen für weitere Schritte zu einem sozialen Europa entwickelt und weitergegeben werden.

SOLIDAR richtet sechs Hauptforderungen an die Europäischen Institutionen:

1. Das soziale Europa muss im Mittelpunkt der europäischen Integration stehen. Zivilgesellschaftliche Akteure sowie Bürgerinnen und Bürger müssen aktiv beim Aufbau Europas eingebunden werden.
2. Auf EU-Ebene und in den Mitgliedsstaaten müssen rechtliche und politische Rahmenbedingungen entwickelt und verankert werden, die den Zugang zu erschwinglichen und qualitativ hochwertigen Sozial-, Gesundheits- und Bildungsdienstleistungen, welche den Erwartungen und Bedürfnissen der Betroffenen entsprechen, garantieren.
3. Um Armut und soziale Ausgrenzung wirksam zu bekämpfen sind ehrgeizige Ziele und ein klares politisches Bekenntnis auf allen Regierungsebenen notwendig. Gleiches gilt für die Förderung und Umsetzung einer Politik der gesellschaftlichen Gleichstellung von Menschen mit Behinderung sowie anderer benachteiligter Personen und Gruppen.
4. Eine gerechtere Umverteilung von Einkommen und Vermögen sowie Maßnahmen zum Schutz öffentlichen Reichtums sind möglich und müssen verfolgt werden.
5. Migrations- und Integrationspolitik müssen auf Rechten und Menschenwürde basieren.
6. Menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen betreffen als Teil der globalen Herausforderung auch Europa. Daher sind Maßnahmen zu ergreifen, um menschenwürdige Arbeitsbedingungen zu erreichen sowie das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ zu verwirklichen.

SOLIDAR tritt von Beginn der europäischen Integration an für soziale und wirtschaftliche Gerechtigkeit in Europa ein; Sozialpolitik, hochwertige soziale Dienstleistungen und lebenslanges Lernen sind die Mittel, dieses zu erreichen. SOLIDAR ist überzeugt, dass sich Menschen dann, wenn sie wissen, dass sich die Politik der EU an ihren Bedürfnissen und Hoffnungen orientiert, aktiv den Auf- und Ausbau der Europäischen Union voranbringen werden.

Gemeinsam für das soziale Europa!

SOLIDAR ist ein europäisches Netzwerk von 53 Nichtregierungsorganisationen, die in über 90 Ländern aktiv sind und sich für die Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit in Europa und weltweit einsetzen. SOLIDAR vertritt deren Interessen gegenüber der EU und internationalen Institutionen auf drei Feldern: Sozialpolitik und Migration, Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe und Bildung mit einem Schwerpunkt auf Lebenslangem Lernen. For more info www.solidar.org

1. EIN SOZIALES EUROPA – KERN DER EUROPÄISCHEN INTEGRATION

SOLIDARs Position

Wachsende soziale Ungleichheit durch die Wirtschafts- und Finanzkrise

Die derzeitige Krise des Finanzsystems und der Weltwirtschaft wird die Lebens- und Arbeitsbedingungen vieler Menschen verschlechtern. Bereits vor dem Herbst 2008 hatte die Zahl der Erwerbstätigen mit niedrigem Arbeitseinkommen sowie von Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen zugenommen. Damit wuchs die Kluft zwischen arm und reich erheblich, begleitet von abnehmender Chancengleichheit sowie andauernden Benachteiligungen und Diskriminierungen einzelner Personengruppen.

Das Europäische Sozialmodell muss gestärkt werden

Vor diesem Hintergrund macht sich SOLIDAR nachdrücklich für das Europäische Sozialmodell stark. Das Europäische Sozialmodell muss der Bezugsrahmen für die Überarbeitung und Weiterentwicklung der Lissabon Strategie nach 2010 sein. Dabei kann und muss auf dem in den letzten Jahrzehnten bereits Erreichten aufgebaut werden. Dazu gehören: ein für jedermann zugängliches Bildungs- und Gesundheitssystem, ein umfassendes Sozialschutzsystem mit Mechanismen institutionalisierter Solidarität, progressive Steuertarife mit Umverteilungswirkung, um größere Verteilungsgerechtigkeit zu erreichen. Systeme und Leistungen des Sozialschutzes sind Voraussetzung für Produktivität und tragen – als Ergebnis einer gut funktionierenden Sozialpartnerschaft – in hohem Maße zu sozialem Frieden bei.

Sozial-, Gesundheits- und Bildungspolitik – eine Investition in die Zukunft

Zunehmend wird anerkannt, dass sich wirtschaftliches Wachstum, bessere Beschäftigungsmöglichkeiten und Maßnahmen der Sozialpolitik wechselseitig bedingen, insbesondere Investitionen in die Schul-, Aus- und Fortbildung sowie in die Verwirklichung von Chancengleichheit.

Europäische Politik muss sich stärker auf sozialen Zusammenhalt und nachhaltige Entwicklung konzentrieren

Die Lissabon Strategie ist vorrangig auf Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet. Dem muss eine Politik entgegengesetzt werden, die Mechanismen der Solidarität und des sozialen Zusammenhalts betont und auf gesellschaftliche Eingliederung und nachhaltige Entwicklung ausgerichtet ist. Bei der Umsetzung der neuen Europäischen Sozialagenda muss denjenigen politischen Maßnahmen Priorität eingeräumt werden, die geeignet sind, die Herausforderungen des demographischen Wandels zu bewältigen, die Menschen dabei zu unterstützen, ihre Fähigkeiten und Kompetenzen durch formales und informelles Lernen weiter zu entwickeln, die neue soziale Risiken bewältigen helfen, eine bessere Vereinbarkeit von Berufs-, und Familienleben fördern und die gemeinsame Verantwortung von Männern und Frauen für Familienarbeit und die Pflege Angehöriger unterstützen.

Leitmotiv der europäischen Integration - das soziale Europa

Die europäische Integration lässt sich nicht auf den Binnenmarkt oder die gemeinsame Währung beschränken. Diese Kernprojekte müssen durch eine gestaltende Wirtschaftspolitik, eine stärkere soziale Dimension und Entwicklung in Richtung einer politischen Union auf der Grundlage demokratischer und effektiv funktionierender Institutionen sowie der vollen Anerkennung von Bürger- und sozialen Rechten ergänzt werden. SOLIDAR fordert gemeinsame Anstrengungen aller Institutionen, um das soziale Europa zum Leitmotiv des europäischen Einigungsprozesses zu machen.

SOLIDARs Forderungen

Schlüsselrolle Europas bei der Wahrung und Verwirklichung sozialer Rechte

- SOLIDAR betont, dass die EU eine aktive Rolle bei der wirksamen Umsetzung sozialer Grundrechte, wie sie in der Charta der Grundrechte niedergelegt sind, wahrnehmen muss.
- Europa muss regulierend aktiv werden, z.B. in der Frage der Erstattung von Kosten und der Haftung medizinischer Fachkräfte im Kontext grenzüberschreitender Gesundheitsversorgung; dies gilt auch für die Anerkennung von Berufsabschlüssen. Europa muss Rahmenbedingungen setzen, z.B. bezüglich des Zugangs zu Leistungen der Daseinsvorsorge, es muss Standards festlegen, um zu

verhindern, dass Bürger/-innen der EU, insbesondere Benachteiligte und Ausgegrenzte, in Folge verstärkten Wettbewerbs und der Dynamik des Binnenmarktes als Verlierer dastehen.

Anteil haben an den Vorteilen des europäischen Projekts

- Es müssen Prioritäten gesetzt und politische Maßnahmen ergriffen werden, die Solidarität, Gleichheit, Nichtdiskriminierung, Vielfalt, gegenseitigen Respekt, Pluralismus und Gerechtigkeit fördern. Nur so kann Vertrauen in die EU aufgebaut und verstärkt werden, SOLIDAR tritt für ein Europa ein, das auf Grundrechten, Gerechtigkeit, Gleichheit, Antidiskriminierung, Chancengleichheit und menschenwürdiger Arbeit für alle, auf gesellschaftlicher Teilhabe sowie nachhaltiger Entwicklung gründet.

Die vorrangige Ausrichtung auf Wachstum, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit muss um soziale Ziele und Nachhaltigkeit erweitert werden

- Damit die EU-Bürger/-innen wahrnehmen, dass Europa sich ihrer Bedürfnisse annimmt und ihre Erwartungen konkret aufgreift, muss die EU die Ziele der Lissabon Strategie erweitern, Dazu gehört die Realisierung der Grundfreiheiten Die Vertiefung des Binnenmarktes darf gegenüber der Verwirklichung einer sozialen und nachhaltigen Entwicklung keinen Vorrang erhalten.

Die Offene Methode der Koordinierung (OMK) muss gestärkt, bei ihrer Umsetzung müssen soziale Nichtregierungsorganisationen umfassend beteiligt werden

- Die Offene Methode der Koordinierung hat zu konkreten und positiven Effekten geführt, insbesondere in Bezug auf die verstärkte Thematisierung von Armut und sozialer Ausgrenzung. SOLIDAR unterstützt eine gestärkte, wirksamere und sichtbarere OMK in den Bereichen Sozialschutz und soziale Eingliederung, Migration und Integration sowie Bildung und Lebenslanges Lernen. Die OMK ist ein unverzichtbares Instrument zur Schaffung eines sozialeren Europas. In Anerkennung der Tatsache, dass die OMK ein „weicher“ Mechanismus der Politiksteuerung ist, ist sie vorrangig in Politikfeldern einzusetzen, in denen die Zuständigkeiten der EU begrenzt sind.
- Eine bessere Politiksteuerung und Teilhabe an der OMK und an ihrer Nutzung kann durch die umfassende Einbindung sozialer Nichtregierungsorganisationen (NGOs) auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene in allen Phasen des Politikprozesses erreicht werden. Um das volle Potential der OMK auszuschöpfen, politische Verpflichtungen in der Praxis umzusetzen und die Zurechenbarkeit politischer Entscheidungen zu verbessern, müssen das Europaparlament und die nationalen Parlamente eine aktive und maßgebliche Rolle spielen.

2. BÜRGERINNEN UND BÜRGER UND ZIVILGESELLSCHAFTLICHE ORGANISATIONEN MÜSSEN IN DEN AUF- UND AUSBAU EUROPAS STÄRKER EINGEBUNDEN WERDEN

SOLIDARs Position

Zivilgesellschaftliche Organisationen stehen für Solidarität, Menschenwürde, Gleichheit, Gerechtigkeit und das Gemeinwohl

Die Stärkung und Weiterentwicklung von Demokratie und Gesellschaft hängt auch von den Organisationen der Zivilgesellschaft ab. Millionen von Bürgerinnen und Bürgern tragen durch die von ihnen zur Verfügung gestellte Zeit und ihr Engagement zur Entwicklung des Gemeinwesens bei. Dieses Engagement wird von durch Eigeninitiative entstandenen Vereinigungen und Vereinen befördert, organisiert und getragen, die zur Entwicklung der europäischen Gesellschaften und die Verwirklichung von Gemeinwohlzielen beitragen. Ziel der organisierten Zivilgesellschaft ist es, Einfluss auf Entscheidungen zu nehmen, welche die Gestaltung der politischen Rahmensetzungen für die europäischen Gesellschaften beeinflussen.

Bürgerschaftliches Engagement nützt allen

SOLIDAR unterstreicht, dass die Einbindung Freiwilliger gewinnbringend für die Gesellschaft als Ganzes wie für Menschen, die soziale Unterstützung benötigen, ist. Das Engagement von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern trägt zur Stärkung der Zivilgesellschaft, zu gesellschaftlicher Eingliederung und sozialem Zusammenhalt sowie zum Aufbau sozialen Kapitals einer Gesellschaft bei. Freiwillige sind unerlässlich für die Ermittlung der Bedürfnisse von Betroffenen und für die Entwicklung innovativer

Lösungen bei der Erbringung sozialer Dienstleistungen. Bürgerschaftliches Engagement ist daher eine Investition in die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaften, und ersetzt keinesfalls bezahlte Arbeit oder zielt auf Kosteneinsparung.

SOLIDARs Forderungen

Ein europäisches Vereinsstatut ist nötig, um grenzüberschreitende Aktivitäten und die Zusammenarbeit von Organisationen der Zivilgesellschaft zu fördern

- SOLIDAR tritt für ein europäisches Vereinsstatut ein und unterstützt Forderungen nach einem Statut für europäische Stiftungen und europäische Gegenseitigkeitsgesellschaften, um dem bereits existierenden Statut für europäische Aktiengesellschaften weitere Rechtsformen an die Seite zu stellen. Eine solche Rechtsgrundlage sollte als zusätzliches, nicht verpflichtendes Instrument konzipiert werden, das für Zwecke grenzüberschreitender Zusammenarbeit herangezogen werden kann, wenn Nichtregierungsorganisationen des Sozialsektors dies für vorteilhaft halten. Ein solches Statut sollte zudem die Vielfalt von Konzepten und Formen der Vereine und Vereinigungen in den Mitgliedstaaten berücksichtigen.

Das Europäische Jahr des Ehrenamts 2011 muss dazu genutzt werden, bürgerschaftliches Engagement verstärkt anzuerkennen und zu stärken

- Die Beiträge der Zivilgesellschaft zum Gemeinwohl – Beiträge von Millionen aktiver Bürger und Bürgerinnen – müssen auf europäischer Ebene stärker anerkannt und gefördert werden. Dies gilt insbesondere mit Blick auf das Europäische Jahr des Ehrenamts 2011.

Der zivile Dialog muss als unverzichtbares und starkes Instrument der partizipativen Demokratie gestärkt werden, um die Distanz zwischen den Bürgern und Bürgerinnen der EU und den europäischen Institutionen zu verringern

- Im Rahmen eines gestärkten zivilen Dialogs auf europäischer und auf nationaler Ebene können zivilgesellschaftliche Organisationen eine wichtige vermittelnde Rolle spielen, um transparentere politische Prozesse sicherzustellen und so eine bessere Beteiligung der EU-Bürger/-innen sowie mehr Vertrauen in das Europäische Projekt zu fördern. Im Austausch mit NGOs als Anbietern sozialer Dienste, mit politischen Interessengruppen und anderen Akteuren kann die EU einen unmittelbaren Einblick in die soziale Realität der Bürger//innen Europas erhalten.
- SOLIDAR unterstützt die Weiterentwicklung und Institutionalisierung des zivilen Dialogs, wie z.B. die vom Europaparlament bislang zweimal – im November 2007 und Juni 2008 – organisierte Bürger-Agora oder das Bürger-Forum (zuletzt 2009 in La Rochelle organisiert). Dennoch muss mehr Klarheit bezüglich der Wege des Austausches, Prozesse, institutionellen Arrangements und Verantwortlichkeiten im Kontext dieses zivilen Dialogs geschaffen werden, damit Organisationen der Zivilgesellschaft in wirksamer Weise Positionen und Forderungen einbringen können und an der Erarbeitung von Schlussfolgerungen beteiligt werden.

3. WEITERENTWICKLUNG UND STÄRKUNG DER RAHMENBEDINGUNGEN FÜR SOZIAL- GESUNDHEITS- UND BILDUNGSDIENSTLEISTUNGEN

SOLIDARs Position

Investitionen in nachhaltige soziale Infrastruktur sind zum Wohle aller unverzichtbar

Sozial-, Gesundheits-, und Bildungsdienstleistungen spielen bei der Umsetzung fundamentaler Rechte innerhalb der Sozialsysteme der Mitgliedsstaaten eine wichtige Rolle. SOLIDAR tritt für kontinuierliche Investitionen in eine nachhaltige soziale Infrastruktur ein, mit starken, der Solidarität verpflichteten Instrumenten und Mechanismen (über Einkommensgruppen, Generationen und Regionen hinweg) wie auch bedeutenden Anteilen gemeinschaftlicher Finanzierung, als Voraussetzungen für wirtschaftliche Sicherheit und sozialen Zusammenhalt.

Weitere rechtliche und politische Rahmenbedingungen auf nationaler und europäischer Ebene sind erforderlich

Im Interesse aller ist ein angemessener rechtlicher und politischer Rahmen auf europäischer Ebene und innerhalb der Mitgliedsstaaten unverzichtbar, um den Zugang zu bezahlbarer und hochwertiger Bildung, lebenslangem Lernen und Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen von allgemeinem Interesse zu garantieren.

SOLIDARs Forderungen

Auf europäischer Ebene müssen angemessene rechtliche und politische Rahmenbedingungen für bezahlbare und hochwertige Dienstleistungen entwickelt und durchgesetzt werden

- Das Konzept des Allgemeininteresses bzw. Gemeinwohls muss in die EU-Debatte um soziale Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (SDAI) als Ausgangspunkt der Analyse und wesentlicher Bezugspunkt zurückgebracht werden. Aspekte und Ziele des allgemeinen Interesses müssen im Konfliktfall Vorrang haben gegenüber Regelungen des europäischen Wettbewerbs, Beihilfe-, und Vergaberechts sowie gegenüber den die vier Grundfreiheiten des Binnenmarktes betreffenden Regeln.
- Aufbauend auf der Anerkennung der spezifischen Besonderheiten sozialer Dienstleistungen wie der Durchsetzung sozialer Rechte von Individuen und Gruppen, gesamtgesellschaftlichen sozialpolitischen Zielen, institutioneller Einbettung in die bestehenden Sozialsysteme und ihrer Nutzerinnen und Nutzer (die z.B. Unterstützung und Beistand brauchen, krank sind oder in prekären Einkommensverhältnissen leben) müssen weitere Maßnahmen und Regulierungen entwickelt werden.
- SOLIDAR unterstützt das Wettbewerbsprinzip auch in Sozialmärkten und, tritt dafür ein, dass dieser Wettbewerb auf Qualität basieren muss. Das heißt z.B.: Dienstleistungen müssen sich an Bedürfnissen ausrichten; kontinuierliche integrierte Leistungserbringung durch qualifizierte Mitarbeiter/-innen; Einbindung in eine lokale Dienstleistungsstruktur; Strukturen, die es den Anbietern ermöglichen flexibel auf neue Herausforderungen zu reagieren.
- SOLIDAR unterstützt uneingeschränkt die Anwendung der Prinzipien der Nicht-Diskriminierung und Transparenz im Hinblick auf soziale Dienstleister; dies ermöglicht die Rechte der Nutzer, ihre Wahlmöglichkeiten und ihre Teilhabe in der Gestaltung und Bewertung der Dienste zu sichern.
- SOLIDAR unterstützt die Erarbeitung und Umsetzung eines nicht verpflichtenden Rahmens für Prinzipien der Qualität sozialer Dienstleistungen auf europäischer Ebene.

Uneingeschränkte Anwendung des Lissabon Vertrages auf Dienstleistungen von allgemeinem Interesse

- SOLIDAR fordert die Regierungen der Mitgliedsstaaten und die europäischen Institutionen auf, Artikel 14 und das Protokoll No. 9 des Lissabon Vertrags, die sich auf Dienstleistungen von allgemeinem Interesse (DAI) beziehen, nach dessen Inkrafttreten in vollem Umfang anzuwenden.
- SOLIDAR fordert die europäischen Institutionen, insbesondere das Europäische Parlament, auf Rahmenbedingungen zu schaffen, die es den zuständigen Behörden in den Mitgliedsstaaten ermöglichen ihre Kompetenzen und Verantwortlichkeiten im Bereich der Organisation, Regulierung, Finanzierung und Evaluierung sozialer Dienstleistungen von allgemeinem Interesse in vollem Umfang anzuwenden.

Förderung starker und unabhängiger Nichtregierungsorganisationen des Sozialsektors als Teil der Sozialwirtschaft

- In diesem Zusammenhang spielen starke und unabhängige soziale Nichtregierungsorganisationen als Teile der Sozialwirtschaft eine entscheidende Rolle. Sie beschäftigen qualifizierte Fachkräfte und binden Freiwillige ein, arbeiten auf Grundlage bestimmter Ziele und Werte und reinvestieren mögliche Gewinne, um die eigene Arbeit voranzubringen. Sowohl auf Grund der Schaffung von Sozialmärkten in den Mitgliedstaaten – dies bedeutet Wettbewerb zwischen Anbietern – wie im Blick auf grenzüberschreitende Leistungserbringung im Binnenmarkt benötigen alle Akteure faire Wettbewerbsbedingungen.
- SOLIDAR ruft die europäischen Institutionen auf, die Vielfalt ökonomischer Aktivitäten zu fördern und anzuerkennen, einschließlich der in der Sozialwirtschaft üblichen Arbeits- und Vorgehensweisen. Ein spezifisches Verständnis wirtschaftlicher Aktivität und die Reinvestition von Gewinnen in die eigenen

Aktivitäten ermöglichen, den sozialen und territorialen Zusammenhalt in den Vordergrund zu stellen. Gleiche Behandlung und faire Wettbewerbsbedingungen statt einer Anpassung an profitorientierte Wirtschaftsmodelle sind in diesem Kontext notwendig.

Initiativen für eine soziale und grüne politische Agenda müssen unterstützt werden

- SOLIDAR betont die Notwendigkeit von Leitlinien der Europäischen Kommission, um soziale Aspekte, einschließlich menschenwürdiger Arbeitsbedingungen in die öffentliche Beschaffung, einzubringen und zu fördern. Dies ermöglicht die Berücksichtigung sozialer und ethischer Gesichtspunkte bei der Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen durch die öffentliche Hand. Dies würde auch die Umsetzung von Maßnahmen fördern, die sich an sozialen und nachhaltigen Politikzielen auf Grundlage der gemeinsamen Wertebasis in der EU sowie der individuellen und kollektiven Grundrechte der Grundrechtscharta orientieren.

Beschäftigungs- und Wachstumspotential in Sozial-, Gesundheits- und Bildungsdiensten – Arbeitsbedingungen und Qualifikation der in diesem Sektor Tätigen

- Gute Arbeitsbedingungen, Gehälter, die gute Arbeit anerkennen und Zugang zu lebenslangem Lernen sowie attraktive Rahmenbedingungen für die Einbindung von Freiwilligen müssen gefördert werden. SOLIDAR fordert verstärkte Investitionen in die Qualifizierung der Mitarbeiter/-innen von Anbietern sozialer Dienste, da qualifizierte Mitarbeiter/-innen und Freiwilligenarbeit essentiell für die Erbringung hochwertiger Dienstleistungen sind. Die Beschäftigung von marginalisierten oder benachteiligten Gruppen muss im Einklang mit der Gemeinwohlorientierung sozialer Dienste rechtlich und politisch gesichert werden.
- Mitarbeiter/-innen mit Migrationshintergrund in sozialen Diensten – ob mit oder ohne Papiere – müssen besser geschützt werden. Die sich im Zusammenhang mit der grenzüberschreitenden Mobilität von Wanderarbeitern ergebenden Herausforderungen müssen mehr in den Blick genommen werden, z.B. im Hinblick auf die Erarbeitung klarer Regeln über das Verhältnis europäischer und nationaler Bestimmungen zu entsandten Arbeitnehmern oder Beschäftigten von Zeitarbeitsfirmen. Die bestehenden Regeln benachteiligen Migranten/-innen oder setzen sie zumindest unklaren Bedingungen aus.

4. ARMUT UND SOZIALE AUSGRENZUNG BEKÄMPFEN – FÜR AKTIVE GESELLSCHAFTLICHE EINGLIEDERUNG

SOLIDARs Position

Die Armut nimmt zu – die Kluft zwischen arm und reich vertieft sich

- In der EU 27 leben heute mehr als 78 Millionen Menschen in Armut oder sind von Armut bedroht. Das ist einer von sieben EU Bürgern, darunter eines von fünf Kindern. Auch wenn viele der Betroffenen einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen, mehrere Jobs haben, Rente oder Sozialleistungen beziehen, ist ihr Einkommen noch immer zu niedrig, um ein Abgleiten in die Armut und das damit verbundene Risiko der gesellschaftlichen Ausgrenzung zu verhindern.
- Erwerbsarmut trifft bereits auf sechs Prozent aller Beschäftigten und siebzehn Prozent der Selbstständigen in der EU zu. In wachsenden Teilen der Bevölkerung verbreitet sich zudem ein Gefühl der Prekarisierung und die Angst in einer sozialen Abwärtsspirale gefangen zu sein.
- Gleichzeitig werden die Reichen immer reicher und der Wohlstand konzentriert sich in immer weniger Händen.
- Trotz erheblicher Fortschritte gibt es immer noch ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen, zumindest in einigen Ländern, in bestimmten Arbeitsbereichen sogar in allen Ländern, was auch mit vorherrschenden Karriere- und Arbeitszeitmodellen sowie der Aufteilung von Familien- und Pflegearbeit zwischen Partnern und Elternteilen zu tun hat.
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss selbstverständlich werden, dies gilt besonders im Hinblick auf die wachsenden Anteile von Zeitarbeit und Arbeitnehmerentsendung

Wirksame Armutsbekämpfung erfordert verstärktes Engagement der Politik sowie ehrgeizige Ziele, die regelmäßig überprüft werden

Angesichts der sozialen Realität ist ein entschiedenes Engagement der Politik vonnöten, um Fortschritte in der Bekämpfung von Armut und der zahlreichen Formen sozialer Ausgrenzung zu erreichen. Die EU muss ihre Politik, auch die Lissabon Strategie, neu ausrichten und die soziale Eingliederung und den

Zusammenhalt der Gesellschaft in den Mittelpunkt rücken. Dieses Engagement muss sich in allen politischen Ebenen in konkreten Zielen für die Armutsbekämpfung bis 2015 und 2020 manifestieren.

Interne und externe Dimension des Kampfes gegen Armut und soziale Ausgrenzung können nicht entkoppelt werden

SOLIDAR betont, dass die europäische Dimension des Kampfes gegen Armut und soziale Ausgrenzung nicht losgelöst von den globalen Herausforderungen, wie Migration, Klimawandel, menschenwürdiger Arbeit sowie der Umsetzung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) behandelt werden kann.

SOLIDARs Forderungen

Verstärktes Eintreten für armutssensible und nicht diskriminierende Politik

- Angesichts der gegenwärtigen ökonomischen Krise sowie wachsender Armut und Ungleichheit, tritt SOLIDAR dafür ein, Armutsaspekte und Nichtdiskriminierung im Rahmen wirtschafts-, beschäftigungs- und sozialpolitischer Maßnahmen in den Mittelpunkt zu stellen.

Extreme Formen der Armut müssen bekämpft, der Kreislauf der generationenübergreifenden Armut durchbrochen werden

- SOLIDAR weist darauf hin, dass die Bekämpfung von extremen Formen sozialer Ausgrenzung und Armut besondere Aufmerksamkeit, entsprechende Mittel und eine mittel- bis langfristige Perspektive erfordert.
- Klischees über Menschen in Armut müssen überwunden werden. Stattdessen muss Respekt für die Menschenrechte, inklusive sozialer und wirtschaftlicher Rechte, als Grundlage einer menschenwürdigen Gesellschaft verteidigt werden.
- Der Kreislauf der Armut muss durchbrochen werden, nicht zuletzt durch Investitionen zum Wohl der Kinder. Bildungssysteme und Vorschulangebote müssen offen für alle sein, Vielfalt sichern, gesellschaftliche Barrieren durchbrechen und gewährleisten, dass jedes Kind sein volles Potential entfalten kann. Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten auch während des Berufslebens sind sicherzustellen, denn Bildung wirkt präventiv gegen soziale Ausgrenzung.

Für Menschen mit Behinderung muss auch auf europäischer Ebene Politik so entwickelt werden, dass sie Teilhaberechte erhalten und in allen Bereichen in die Gesellschaft eingliedert sind

- Diese Forderung umfasst die Aspekte Schulpflicht, berufliche Bildung, Aus und Weiterbildung, lebenslanges Lernen, gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt und volle Beteiligung im kulturellen, sozialen, sportlichen und politischen Bereich.

Öffentlichen Wohlstand und eine stabile soziale Infrastruktur sicherstellen

- SOLIDAR betont die Notwendigkeit politischer Rahmenbedingungen, die auf europäischer und nationaler Ebene öffentlichen Wohlstand und eine stabile soziale Infrastruktur sichern und die Verwirklichung der Ziele der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse ermöglichen, Mechanismen der finanziellen Solidarität umsetzen und dadurch eine effektive Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung gewährleisten.
- Gerechtere (Um)Verteilung von Einkommen- und Wohlstand sowie eine Politik, die öffentlichen Wohlstand sichert sind möglich und müssen angestrebt werden.

Die Empfehlung der Europäischen Kommission zur aktiven Eingliederung der aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzten Personen muss umgesetzt werden

- SOLIDAR begrüßt die Annahme der Empfehlung der EU-Kommission zur aktiven Eingliederung der aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzten Personen und die darin empfohlenen Maßnahmen, wie angemessenes Grundeinkommen, Maßnahmen zur (Wieder)Eingliederung in den Arbeitsmarkt und den Zugang zu hochwertigen sozialen Leistungen. SOLIDAR weist allerdings darauf hin, dass aktive soziale Eingliederung zwar ein wichtiger, aber nicht der einzige Bestandteil eines umfassenderen Ansatzes im Hinblick auf gesellschaftliche Eingliederung ist.
- Grundeinkommensysteme sind ein entscheidender Baustein für die Verwirklichung von Menschenwürde. Sie stellen ein wirksames Mittel im Kampf gegen Armut dar und sind ein wichtiger Schritt zur Förderung menschenwürdiger Arbeit. Grundeinkommensysteme müssen jedoch so

umgesetzt werden dass eine Stigmatisierung der Betroffenen verhindert wird. Zudem dürfen die Vorteile solcher Leistungen nicht davon abhängig gemacht werden, ob jemand am Arbeitsmarkt teilnehmen kann oder nicht. Nicht nur EU-Bürger, sondern auch Flüchtlinge, Asylbewerber und nicht registrierte Migranten müssen in Grundeinkommensysteme einbezogen sein.

- Bei der Umsetzung der Empfehlung der Kommission müssen unter dem Punkt „Zugang zu Leistungen“ zusätzliche Grundsätze aufgenommen werden. Dazu gehören: Nichtdiskriminierung beim Zugang zu sozialen Diensten und bei der Nutzung sozialer Einrichtungen, Rechte für Nutzer/-innen und die Stärkung ihrer Entscheidungsmöglichkeiten, gute Arbeitsbedingungen, ausreichende Finanzierung entsprechend der lokalen, regionalen und nationalen Kontexte, durchgängige sowie zeitnahe Bereitstellung von Leistungen.

Flexicurity Strategien dürfen nicht nur die Flexibilität erhöhen, deshalb: Förderung aktiver Arbeitsmarktpolitik, die sich gegen Ungleichheit richtet und die Sozialpartner eng einbindet

Für SOLIDAR dient das Arbeitsrecht dem effektiven Schutz individueller und kollektiver Rechte. SOLIDAR unterstützt Flexicurity Maßnahmen, insoweit sie nicht zu Unsicherheit oder prekären Arbeitsbedingungen, insbesondere für benachteiligte Personengruppen, führen. SOLIDAR unterstützt nicht diskriminierende aktive Arbeitsmarktpolitik, die sich an den Bedürfnissen der Betroffenen, z.B. Menschen mit Behinderungen oder gesundheitlichen Problemen, ausrichtet und mit Leistungen der Sozialschutzsysteme koordiniert ist, um Menschen in prekären Lebenslagen und/oder außerhalb des Arbeitsmarkts eine Beschäftigungsperspektive anzubieten und einer weiteren Aufspaltung der Arbeitsmärkte entgegenzuwirken.

- Ungleichheiten im Arbeitsmarkt müssen unmittelbar bekämpft werden, um Diskriminierungen bereits im Einstellungsprozess zu verhindern und den Zugang zu Beförderungen und Fortbildungen zu sichern. Gleicher Zugang zu beruflicher Bildung und Lebenslangem Lernen sind Voraussetzungen für die Reintegration in den Arbeitsmarkt und müssen durch das Arbeitsrecht abgesichert werden. Die Bedeutung von nicht formalisierter Bildung und Freiwilligentätigkeit für Qualifizierung und Kompetenz muss anerkannt werden. Um die strukturellen Barrieren, die der Eingliederung von Menschen in den Arbeitsmarkt entgegenstehen abzubauen, betont SOLIDAR die Bedeutung formaler sowie informeller Bildung. Dazu gehören z.B. der Aufbau von Fähigkeiten und Qualifikationen wie auch Aktivitäten z.B. Bewerbungstrainings, die für den Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt vorbereiten.

5. MIGRATION UND INTEGRATION AUF DER GRUNDLAGE VON RECHTEN UND MENSCHENWÜRDE

SOLIDARs Position

Die Migrations- und Integrationspolitik der EU muss schlüssiger werden

Die derzeitige Migrations- und Integrationspolitik der EU ist in Teilen nicht schlüssig. Zum einen befördert sie den „brain drain“ und ermöglicht hoch qualifizierten Fachkräften aus Zentral- und Osteuropa sowie weiteren Staaten in aller Welt die Zuwanderung, gleichzeitig verweigert sie ungelerten und armen Menschen den Zugang oder schafft Doppelstandards durch die Verwehrung des Zugangs zu Sozialleistungen und arbeitsrechtlichem Schutz. Es besteht die Gefahr, dass sich dieses System der Ungleichbehandlung verfestigt.

Migration und Integration müssen auf Rechten und Menschenwürde basieren

- Aus Sicht von SOLIDAR muss das soziale Europa auf Solidarität basieren. Daher müssen Integrationspolitik und Maßnahmen für Migranten und Migrantinnen aus der EU (im Blick auf noch vorhandene Beschränkungen des Zugangs zum Arbeitsmarkt für EU-Bürger aus Staaten Mittel- und Osteuropas) und aus Drittstaaten, für Flüchtlinge und Asylbewerber auf der Grundlage von Bürger- und Menschenrechten entwickelt werden.
- Ein umfassender Ansatz der EU muss daher Maßnahmen beinhalten, welche die grundlegenden sozialen Rechte von Migranten und Migrantinnen sichern.
- SOLIDAR ruft dazu auf, die nationalstaatlichen Aufnahme Regelungen zu koordinieren und eine gemeinsame europäische Migrationspolitik sowie eine gemeinsame Aufnahme Regelung für Wirtschaftsmigranten einzuführen.

- Effektive Maßnahmen zur Integration müssen den Kern der europäischen Migrationspolitik bilden. Dies bedeutet z.B., dass die Mitgliedsstaaten die kulturelle Vielfalt der Migranten und Migrantinnen respektieren, ihnen jedoch auch den Spracherwerb ermöglichen, das Erlernen der Sprache des Gastlandes ist zugleich ein Recht und eine Pflicht. Der Zugang zu Bildung und zu Angeboten der Kinderbetreuung ist sicherzustellen. Migranten sollten auf lokaler und betrieblicher Ebene das Wahlrecht erhalten. Migranten müssen das Recht auf Erwerbstätigkeit haben und gewerkschaftlichen Schutz genießen. Arbeitgeber, die Migranten ausbeuten, müssen bestraft werden.

SOLIDARs Forderungen

Eine bessere Balance zwischen den Interessen und Vorteilen der Aufnahmeländer und den Bedürfnissen und Interessen der Migranten

- Angesichts der Herausforderungen, die sich aus dem tiefgreifenden demographischen Wandel und den sozialen Veränderungen für Europa ergeben, lehnt SOLIDAR utilitaristische Abwägungen und eine ausschließliche Konzentration auf die Vorteile aus der Migration für die Gastländer ohne Berücksichtigung der Interessen der betroffenen Migranten und Migrantinnen ab.
- Vor dem Hintergrund, dass die Staaten Europas in Phasen der wirtschaftlichen Expansion von der Zuwanderung profitiert haben, muss ein Rückfall in den ökonomischen Nationalismus auf dem Rücken Benachteiligter in jedem Fall vermieden werden. Europäische Institutionen, Regierungen und alle relevanten Akteure sind für den Aufbau einer alle einbindenden Gesellschaft, in der Rassismus und Fremdenfeindlichkeit keinen Platz haben, verantwortlich.
- Wichtige Themen in diesem Zusammenhang sind: Niedriglöhne, niedriger Status, Arbeit zu ungünstigen Zeiten (Nacht-, Schicht- und Wochenendarbeit) und fehlender oder nicht ausreichender sozialer Schutz in Bereichen, in denen die EU Arbeitskräftebedarf verzeichnet, z.B. im Bereich der Pflege, in dem eine wachsende Zahl nicht legalisierter Migranten und Migrantinnen beschäftigt ist. Die EU sollte notwendige Rahmenbedingungen in den Sozialschutzsystemen schaffen, die bessere Bezahlung und verbesserte Arbeitsbedingungen für Migranten und Migrantinnen ermöglichen. Migranten müssen, ebenso wie EU Bürger, im Gesundheits- und Pflegebereich menschenwürdige Arbeitsbedingungen und umfassende Sozialschutzsysteme vorfinden.

Die Mitgliedsstaaten müssen die Gemeinsamen Grundprinzipien zu Integration von und den Gemeinsame Integrationsagenda für Drittstaatenangehörige umsetzen

- SOLIDAR tritt dafür ein, dass Integrationspolitik als wechselseitiger Prozess konzipiert wird, wie in den Gemeinsamen Grundsätzen zu Integration von Drittstaatenangehörigen festgeschrieben, aufbauend auf dem Verständnis, dass Integration ein dynamischer Prozess gegenseitigen Entgegenkommens aller Einwanderer und aller in den Mitgliedstaaten ansässigen Personen ist. Dieser Ansatz setzt die aktive Mitwirkung der Organisationen der Zivilgesellschaft und hier besonders der Migrantenvereinigungen voraus. Dazu gehört auch, dass die Mitgliedsstaaten für Migranten Mitwirkungsmöglichkeiten in der Gesellschaft schaffen (z.B. über das Wahlrecht auf kommunaler Ebene) und nicht legalisierten Zuwanderern den Zugang zu Leistungen ermöglichen (wie zu Dienstleistungen des Gesundheitswesens z.B.), die ihre grundlegenden Rechte sichern.
- Interkulturelles Lernen und interkultureller Dialog sind eine Voraussetzung für das Zusammenleben in einer Gesellschaft auf der Grundlage gegenseitigem Respekts und kultureller Vielfalt.
- Die Offene Methode der Koordinierung im Bereich Migration und Integration ist ein geeignetes Instrument, um den Austausch guter Praxis zu fördern und die Umsetzung der Gemeinsamen Grundprinzipien zu Integration zu beobachten und zu bewerten und daher verstärkt zu nutzen.

Integration fördern durch den richtigen Umgang mit den Herausforderungen für das Bildungssystem durch Migration

- Die Situation von Kindern mit Migrationshintergrund erfordert besondere Aufmerksamkeit. Geeignete Maßnahmen, die sicherstellen, dass Schulen ihre wichtige Rolle beim Aufbau einer integrativen und auf Zusammenhalt orientierten Gesellschaft spielen können, umfassen: den Schwerpunkt auf Gleichheit im Bildungssektor zu legen und die Vermeidung von Segregation im Schulsystem, die Beseitigung institutioneller Barrieren und die Schaffung von Zugangsmöglichkeiten zu vorschulischen Angeboten für Kinder mit Migrationshintergrund sowie die Entwicklung von interkulturellen Fähigkeiten mit einem Schwerpunkt auf Nichtdiskriminierung und wertebasierter Bildung. Zivilgesellschaftliche Organisationen spielen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle, indem

sie zusätzliche Bildungsangebote und Unterrichtsbegleitung ermöglichen und Eltern besser in die schulische Ausbildung ihrer Kinder einbinden.

Das Thema nicht-legalisierter Migranten darf nicht länger ignoriert werden

- Millionen nicht-legalisierter Migranten und Migrantinnen leben in der EU. Ihre Präsenz kann nicht einfach ignoriert oder auf das Grenzmanagement und/ oder (oft unerreichbare) Regelungen verwiesen werden. Im Einklang mit den Bestimmungen der Kommission im europäischen Pakt zu Immigration und Asyl, erinnert SOLIDAR daran, dass Mitgliedsstaaten sicherstellen müssen, dass nicht-legalisierte Migranten Zugang zu Leistungen haben, die ihre grundlegenden Rechte sichern (z.B. schulische Bildung für Kinder, Gesundheitsversorgung). Zusätzliches Engagement zur Aufklärung nicht-legalisierter Migranten über ihre Rechte ist notwendig. Auch Kinder nicht-legalisierter Migranten sollten Zugang zu allen Stufen der schulischen Bildung haben.

Herausforderungen durch Migrations- und Integrationsfragen partnerschaftlich bewältigen

- Zwischen Behörden, Sozialpartnern und Organisationen der Zivilgesellschaft einschließlich Migrantenorganisationen müssen Partnerschaften geschaffen und weiterentwickelt werden.

6. MENSCHENWÜRDIGE ARBEIT IN EUROPA – TEIL EINER GLOBALEN HERAUSFORDERUNG

SOLIDARs Position

Menschenwürdige Arbeit betrifft auch Europa

Menschenwürdige Arbeit ist ein Konzept zum Aufbau auf Fairness, Gleichheit und gesellschaftlicher Eingliederung ausgerichteter Gesellschaften, die einen Schwerpunkt auf die Schaffung von Arbeitsplätzen mit guten Arbeitsbedingungen, die Stärkung der Rechte von Arbeitnehmern/-innen, die Gleichheit von Frauen und Männern sowie Sozialschutz setzen und sozialen wie zivilen Dialog nutzen. Das Prinzip „Menschenwürdige Arbeit“ fordert gleichen und diskriminierungsfreien Zugang zu Beschäftigungsverhältnissen, strebt ausreichende Bezahlung von Arbeitnehmern/-innen an, die es ihnen und ihren Familien ermöglicht, in Würde zu leben, setzt die Abwesenheit von Ausbeutung voraus, bietet sozialem Schutz im Falle von Krankheit und Schwangerschaft sowie bei den allgemeinen Risiken des Lebens (wie z.B. Pflegebedürftigkeit). Menschenwürdige Arbeit heißt auch, dass sich Menschen frei in Gewerkschaften zusammenschließen können, um ihre Interessen im Kollektiv zu vertreten.

Menschenwürdige Arbeit in den Außenbeziehungen der EU

Das soziale Europa strahlt in einer zunehmend globalisierten Welt auch auf die Außenbeziehungen der EU aus. Die EU hat sich dazu verpflichtet, menschenwürdige Arbeit durch ihr Handeln innerhalb der Grenzen der EU 27 wie auch in den Außenbeziehungen zu fördern. Aber bis heute zerstört die Handelspolitik der EU Arbeitsplätze, ermöglicht die Migrationspolitik der EU Ausbeutung und politische Ansätze zum Umgang mit Verschuldung von Entwicklungsländern den freien Markt gegenüber der Umverteilung von Wohlstand.

SOLIDARs Forderungen

Menschenwürdige Arbeit muss auf die europäische Agenda gesetzt werden

- SOLIDAR fordert, dass menschenwürdige Arbeit zur Realität in Europa wird. Es müssen Maßnahmen entwickelt und umgesetzt werden, die die Erwerbsarmut und die Zahl der Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen reduzieren und Herausforderungen im Zusammenhang mit der Segregation des Arbeitsmarktes und den nicht-legalisierten Arbeitsverhältnissen von Migranten/-innen aufgreifen. In der Beschäftigungs- und Sozialpolitik der EU muss auf zentrale Bausteine einer solchen Politik verwiesen werden, insbesondere im Zusammenhang mit aktiver sozialer Eingliederung. Darüber hinaus müssen sie an herausgehobener Stelle in die Lissabon Strategie und die neue Sozialagenda aufgenommen werden.
- Die zentralen Bausteine für menschenwürdige Arbeit sind vorhanden: Anti-Diskriminierungsrichtlinien und das Prinzip der Geschlechtergleichheit, der Anspruch jedes Bürgers auf Gesundheitsversorgung und soziale Leistungen sowie Arbeitsschutzgesetze. Das Gleiche gilt für den sozialen Dialog, an dem

Arbeitgeber und Gewerkschaften beteiligt sind. SOLIDAR fordert von der EU- Kommission und dem Europaparlament ihre Bekenntnisse zur sozialen Dimension der Lissabonstrategie durch klare Maßnahmen zur Schaffung menschenwürdiger Arbeit in der EU umzusetzen.

Menschenwürdige Arbeit muss das zentrale Element bei Reformen des Arbeitsrechts sein

- Das Konzept menschenwürdiger Arbeit muss zu einem zentralen Bezugspunkt in der Debatte über die Reform des Arbeitsrechts und zu einer Leitlinie in der Beschäftigungspolitik werden, nicht zuletzt, um angemessene Mindestlöhne und Gehälter zu sichern.
- SOLIDAR tritt für das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ ein. Nichtdiskriminierung und Gleichbehandlung sind zentrale Werte der EU und Eckpunkte des europäischen Sozialmodells, für das sich Nichtregierungsorganisationen des Sozialsektors und Gewerkschaften einsetzen. Es untergräbt diese Prinzipien und die Idee gleicher Wettbewerbsbedingungen, mit negativen Folgen auf individueller und gesamtgesellschaftlicher Ebene, wenn eine wachsende Zahl von Arbeitnehmern/-innen im Binnenmarkt unterschiedlichen
- Bedingungen unterworfen werden.

Menschenwürdige Arbeit weltweit fördern

SOLIDAR¹ und seine internationalen Partner in einem globalen Netzwerk streben eine faire Partnerschaft zwischen den Kontinenten an, die auf Folgendem basiert:

- Sozialschutzrechten als fundamentalen Rechten für alle;
- Menschenwürdiger Arbeit und menschenwürdigen Lebensbedingungen in den EU Mitgliedsstaaten und weltweit;
- Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation und umfassende Überlegungen im Hinblick auf soziale Angelegenheiten müssen in der EU Handelspolitik und bei der öffentlichen Beschaffung respektiert und umgesetzt werden.

Die internationale Solidarität muss wieder gestärkt werden

- Europa muss sich über die Folgen seiner Migrationspolitik auf die Arbeitsmärkte von Drittstaaten im klaren sein. Die EU muss sich dafür engagieren internationale Solidarität durch die Förderung und vollständige Umsetzung einer Agenda für menschenwürdige Arbeit und durch den Respekt für die Kernarbeitsnormen der ILO in den Heimatländern von Migranten zu stärken.
- Bei Verhandlungen mit Drittstaaten muss die EU sicherstellen, dass Sozial- und Beschäftigungsaspekte ausreichend berücksichtigt werden. Dazu hat sich die EU in ihren bisherigen Aussagen zu Handel, menschenwürdiger Arbeit und der sozialen Dimension der Globalisierung verpflichtet.

¹ Seit 2007 hat SOLIDAR in enger Zusammenarbeit mit anderen internationalen und europäischen Organisationen die Kampagne für *Menschenwürdige Arbeit Menschenwürdiges Leben* betrieben. Weitere Informationen sind unter www.decentwork.org verfügbar